

DAS ONLINE-SUPPLEMENT DES FORSCHUNGSJOURNALS FORSCHUNGSJOURNAL SOZIALE BEWEGUNGEN 36. JG. Heft 3 | 2023

Marco Bitschnau

Transformation oder Bahnrabatte?

Zu den Forderungsdilemmata der *Letzten Generation*

Zusammenfassung: Die klimapolitische Bewegungslandschaft ist im Wandel. Seit die *Fridays for Future* im Zuge von COVID-19-Pandemie und Ukrainekrieg stark an Einfluss und Sichtbarkeit eingebüßt haben, drängen andere, radikalere Akteure in den Vordergrund. In Deutschland ist dieser Tage mit der *Letzten Generation* eine Gruppe wahrnehmungsprägend, die mit spektakulären Protestaktionen nach medialer Aufmerksamkeit sucht, dabei aber vor allem Ärger und Unverständnis erntet. Der Beitrag skizziert zunächst die üblicherweise gegen sie ins Feld geführte Kritik, die auf ihre Aktionsgestaltung, ihr Demokratieverständnis und ihren Nutzeffekt abstellt. Auf dieser Grundlage zeigt er sodann ein doppeltes Dilemma beim Überführen von Protest in konkrete Sachforderungen auf: Einerseits changiert die *Letzte Generation* unbeständig zwischen utopischen Reformideen und trivial anmutenden Tagespolitikanleihen, andererseits sieht sie sich sowohl gezwungen, an Bestandsforderungen festzuhalten, als auch im Sinne der Aufmerksamkeitslogik immer wieder Neues anzubieten. Der Hauptgrund für den raschen Aufstieg der Gruppe, ihre Dynamik und Unberechenbarkeit, stellt damit zugleich eine nicht zu übersehende strategische Achillesferse dar.

Abstract: The climate movement landscape is in flux. Since *Fridays for Future* has lost much of its influence and visibility as a result of the COVID-19 pandemic and the Russo-Ukrainian War, other, more radical actors are pushing into the spotlight. In Germany, they most notably include the *Letzte Generation*—a group that seeks media attention with spectacular protest actions, but so far has mainly provoked anger and resentment. This contribution first sketches the criticism usually leveled against it, which generally focuses on its protest actions, its conception of democracy, and its effectiveness. Building on this, it then throws light on a twofold dilemma in translating protest into concrete policy demands: On the one hand, the *Letzte Generation* oscillates between utopian reform proposals and the banalities of day-to-day politics. On the other hand, while it feels compelled to insist on its current

demands, its protest approach remains based on attracting attention through constant novelty. The primary reason for the group's rapid rise to prominence, its dynamism and unpredictability, thus also points to a strategic Achilles' heel that cannot simply be overlooked.

1 Einleitung

In der deutschen wie internationalen Protestlandschaft ist seit geraumer Zeit ein Trend zu beobachten, den man in Börsensprache wohl als eine Klima-*Hausse* beschreiben könnte. Unaufhörlich schießen immer neue Akteure aus dem Boden, die ihr Engagement dem Klimawandel und dem Einfordern möglichst wirksamen Maßnahmen zu seiner Eindämmung widmen. Platzhirsch in diesem Bewegungsrudel waren im deutschsprachigen Raum lange die als Schülerbewegung gestarteten, bald schon aber einer Professionalisierung anheimgefallenen *Fridays for Future*, denen 2019 ein geradezu miraculöser Siegeszug durch das politmediale Establishment gelang. Hunderttausende Sympathisanten bevölkerten damals über Wochen die Straßen und Plätze der Republik, um mit anschlussfähigen Gute-Laune-Demonstrationen der so populären wie unkonkreten (und daher beliebig ausfüllbaren) Forderung nach mehr Klimaschutz Nachdruck zu verleihen (z. B. Haunss/ Sommer 2020; Koos/ Naumann 2019). Ein Protestaufkommen, das neben einem ersten Gesetzespaket wohl noch einiges hätte erreichen können, wäre es nicht im Zuge der bald nach Jahreswechsel einsetzenden COVID-19-Pandemie unversehens in sich zusammengesackt. Die harte Plastizität der neuen *pandemic reality*, die aufbrechenden Konfliktlagen rund um *lockdowns* und Hygieneregeln, der Sog der großen Publikumsmedien, die nun lieber mit eilig eingebimster Expertise über abzuflachende Infektionskurven statt über die jüngste Gletscherschmelze berichteten: Was gestern noch nach Dystopie geklungen hatte, stand urplötzlich im Zentrum aller Aufmerksamkeit. Und was dort noch kurz zuvor gestanden hatte, fand sich nicht minder plötzlich im diskursiven Niemandsland wieder.

Für den bundesrepublikanischen Klimaaktivismus kam dieser unerwartete *reset* in jedem Fall einem schmerzhaften Einschnitt gleich. Nicht nur den *Fridays* wurde durch mehr als zwei Jahre Großkrise und daran anschließenden Ukrainekrieg der Wind aus den Segeln genommen, auch die prioritätspolitische Großwetterlage hat sich seither erheblich eingetrübt. Fiel der Protestzyklus 2019 noch in eine konjunkturelle Spätblüte, in der selbst die christdemokratische Kanzlerin mit grandseigneurialer Geste dafür dankte, „dass uns die Jugend Dampf macht“ (Merkel, in Bundesregierung 2019: o. S.), rumort es nur vier Jahre später gewaltig im Gesellschaftsbau. Zwar mag COVID-19 wieder aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwunden sein, doch dafür trifft nun die höchste Inflationsrate seit über siebenzig Jahren auf einen sondertopfbelasteten Bundeshaushalt, einen volatilen Energiemarkt, eine kränkelnde Globalwirtschaft und das alte, sich aber demografiebedingt stetig verschlimmernde Leiden eines fehlenden Arbeitskräfteangebots. Der daraus entstehende Wahrnehmungscocktail (der noch dazu mit dem Abtreten der Vertrauensfigur Merkel zusammenfällt) schlägt nicht nur aufs kollektive Gemüt, sondern auch auf die gesellschaftlichen Präferenzlage, die sich erstmals seit Jahren wieder weg von postmaterialistischen Identitätsdebatten und hin zu den Realien sozialer Abgesichertheit zu bewegen scheint. So fest liegt der Schraubstock der Zukunftsangst dabei an, dass er jedes gestalterische und erst recht projektive Moment zu verformen droht.

Aus klimapolitischer Sicht indiziert dieser Stimmungswandel in der *opinio publica* zuvörderst, dass die Phase wirksamer Massenproteste – zumindest was Häufigkeit, Teilnehmeranzahl und Rezeption anbelangt – fürs Erste passé zu sein scheint. Gleichzeitig eröffnet er aber auch neue Handlungs- und Relevanzräume, in die kleinere, agilere, und guerillahaft auftrumpfende Gruppen wie die *Letzte Generation* stoßen können (für eine Übersicht siehe Rucht 2023). Ursprünglich auf den öffentlichen Hungerstreik weniger Aktivisten im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 zurückgehend, konnte dieser zwiebelschalenartig organisierte Neuakteur in den vergangenen anderthalb Jahren eine beträchtliche Medienreichweite erzielen und Hamburger Amtsrichter, Berliner Talkmaster und Münchner SUV-Besitzer gleichermaßen in einige Erregung versetzen. Aus forschersicher Sicht macht ihn dabei vor allem interessant, dass sein Aktivismus einen fast schon lehrbuchartigen Komplementärentwurf zu den allzu staatstragenden *Fridays* darstellt: Statt auf niedrigschwelligen Massenprotest setzt man auf gutgeschulte Aktionskader, statt auf integrative Überzeugungsarbeit auf polemogene Störeffekte, statt sich an Auflagen zu halten, wird der zivile Ungehorsam geprobt, und statt gemütlich die Alleen der Hauptstadt entlang zu paradiere lieber mit apokalyptischer Geste geschmiert und blockiert. In diesem Zusammenhang macht insbesondere das der bekanntesten Blockadetechnik entlehnte Wort von den *Klimaklebern* die Runde und erfreut sich quer durch alle Gesellschaftsschichten einer wachsenden Popularität. „Kleben und kleben lassen“, frozelte etwa Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. „Darf ich den Klebern eine kleben?“, fragte die tiefenrüstete BILD. Und sogar der sonst sprachlich recht zurückhaltende NDR titelte anlässlich eines anstehenden Amtsgerichtsverfahrens: „Erster Klimakleber-Prozess in Hamburg.“

Dass die *Letzte Generation* die einst allgegenwärtigen *Fridays* so rasch als wahrnehmungsbeherrschend ablösen konnte, ist zwar vorrangig deren relativem Bedeutungsverlust, zu einem Gutteil aber auch der Aufmerksamkeits- und Medienlogik unserer Tage geschuldet. So merkt etwa Nils C. Kumkar richtig an, dass im letztgenerationalen Fall „die politische Kommunikation über [die] Proteste [...] eine politische Öffentlichkeit konstituiert, die dann wiederum die Debatte selbst befeuert“ (2022: 7). Die Radikalität des Ansatzes, die Unmittelbarkeit der Störung, die Beharrlichkeit, die immer wieder aufschimmernden Sektenvergleiche, die heftigen Gegenreaktionen, das Wechselspiel aus aktivistischer Empörung über die Untätigkeit der Politik und politischer Empörung über die Tätigkeit der Aktivisten – all das waren (und sind) Bestandteile eines Räderwerks steter Aufmerksamkeitsproduktion, das sich im Lauf der Zeit verselbstständigt und eine neue Wahrnehmungshegemonie begründet hat. Oder anders ausgedrückt: Aus medialer Sicht sind die Post-COVID-Depressionen einer zusammengeschrumpften Massenbewegung schlicht weniger verwertungstauglich als der intransigente Straßenprotest von Überzeugungstätern, die auch die Konfrontation mit dem Durchschnittspendler nicht scheuen. Entsprechend wenig überraschend erscheint, dass die solcherart ausmanövrierten *Fridays* diesen (wortwörtlichen) Generationenwechsel im bewegungspolitischen Feld mit Unruhe und wohl auch einer gewissen Prise Missgunst beobachten.¹

2 Die Crux mit der *Letzten Generation*

Dabei befindet sich die Ex-Schülerbewegung zumindest insoweit in guter und zahlreicher Gesellschaft, als dass mit wachsender Prominenz der *Letzten Generation* auch die Kritik zunimmt, die aus Politik und

¹ So äußerte zum Beispiel die *Fridays*-Sprecherin Annika Rittmann die Befürchtung, die *Letzte Generation* würde Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen und so zur gesellschaftlichen Spaltung beitragen. Ihr Berliner Kollege Luis von Randow milderte diese Einschätzung dahingehend ab, dass er verklauusliert von einer strategischen Uneinigkeit beider Gruppen sprach (Grimmbacher/ Peter 2023).

Öffentlichkeit an sie herangetragen wird (Rucht 2023). Bedenken rufen dabei insbesondere drei Aspekte hervor, die indes so eng und unmittelbar miteinander verzahnt sind, dass die Trennlinien zwischen ihnen häufig verwischen. Wer einen Aspekt kritisiert, neigt ohnehin dazu, auch den beiden anderen kritisch gegenüberzustehen.

Erstens sind da natürlich Protestformen wie das erwähnte Straßenkleben, die ob ihres invasiven Störcharakters auf mehrheitliches Unverständnis stoßen. Immerhin verhindern Mitglieder der *Letzten Generation* mit strafrechtlich zumindest bedenklichen² Blockaden, dass Ärzte und Patienten zeitnah in die Klinik, Schüler in die Schulen, Handwerker zu ihren Kunden und Werk tätige zu ihren Arbeitsstellen kommen. Neben dem üblichen Wartefrust ergeben sich dadurch bisweilen Verzögerungskonstellationen von einiger persönlicher Dramatik. „Ich bin eurer Meinung! Wirklich!“, erklärt sich etwa eine junge Frau in einem SWR-Hörfunkbeitrag zum Thema (von Wolff 2023).³ Doch sie müsse gerade jetzt dringend zur Universität. Die *Letzte Generation* in Gestalt des Stuttgarter Aktivisten Moritz Riedacher ficht das nicht an: „Wir sind am Arsch, wenn wir jetzt nicht handeln! Wir rasen in eine Klimahölle unerkannten Ausmaßes! Millionen werden fliehen müssen, auch hier in Deutschland!“ Selbst die Erklärung der verzweifelten Studentin, eine wichtige Zwischenprüfung zu verpassen, nutzt nichts. „Prüfung... die härteste Prüfung steht uns jetzt bevor [...] ich bin auch Student und verpasse Prüfungen“ (ibid).

Dass der letztgenerationale Aktivismus in Gestalt einer solch eisenharten, „erratisch-übersteigerten Bekenntnisperformanz“ (Bitschnau 2022: 15) in den Alltag drängt, ist natürlich Teil des Kalküls. Wer vielbefahrene Straßen blockiert, anstatt bloß eine Demonstrationsroute abzulaufen, erzeugt schon durch die Unausweichlichkeit der Störung ein gewisses Maß an Aufmerksamkeit. Wer Wände beschmiert oder Kunstwerke (schein-)vandalisiert ebenso. Und doch erscheint dieses Vorgehen dem Gros der Adressaten zu plakativ, zu effektheischend, zu losgelöst von der thematischen Substanz („Was nutzt es dem Klima, wenn ich hier im Stau stehe?“) und nicht zuletzt auch zu anmaßend. Noch verstärkt wird dieser Eindruck durch die Außenwirkung der Aktivisten, die in ihrer Mehrzahl einen dezidiert mittelschichtsnahen und verakademisierten Eindruck hinterlassen, bei dem jedes *Listen to the Science!* das Vorurteil der Weltfremdheit nur zu bestätigen scheint. Man mag es für eine protestästhetische Randnotiz halten, doch stellt sich bei nicht wenigen Außenstehenden ein gewisser Beigeschmack ein, wenn Aktivisten aus finanzstarken Herkunftsmilieus gleich literweise Farbe versprühen, die am Ende des Tages – wenn die Polizei das Areal geräumt hat und ausreichend Protest-Tweets über den Äther verschickt sind – von den Mindestlohnempfängern der Gesellschaft wieder weggewischt werden muss. Was helfen da alle Bekenntnisse zu sozialer Gerechtigkeit in der fossilfreien Mittelfristzukunft, wenn das Privileg schon in der Gegenwart so offen zutage tritt?⁴

Zu diesem Verdruss über die Form gesellt sich *zweitens* das eben diese Form bedingende (und verdinglichende) Demokratieverständnis der Aktivisten. Kritisiert wird dabei weniger, dass die *Letzte Generation* genuin antidemokratisch sei, sondern, dass sie einer defektiven beziehungsweise zirkelschlüssigen

² Auch wenn bisher noch kaum Urteile übergeordneter Instanzen vorliegen, erfüllt die Proteststrategie der Aktivisten für die deutsche Amtsgerichtsbarkeit regelmäßig den Straftatbestand der Nötigung (Paragraf 240 StGB).

³ Die zitierten Stellen finden sich im Audiobeitrag zwischen 02:15 und 02:59.

⁴ Selbst das ökologische Lager scheint diese Wahrnehmung mitunter zu teilen. So warf mit Irene Mihalic niemand Geringeres als die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen der *Letzten Generation* einen enorm „elitären und selbstgerechten Protest“ vor, der Menschen „durch Aktionen, die den ohnehin harten Alltag noch zusätzlich erschweren“, verprelle (zitiert in Grimmacher/ Peter 2023: o. S.).

Konzeption von demokratischem Entscheiden das Wort rede. Zum einen leite sie nämlich aus Generalitäten (eine Bevölkerungsmehrheit ist abstrakt für mehr Klimaschutz) Spezifika (eine Bevölkerungsmehrheit ist für konkrete, meist kostspielige oder kontroverse Klimaschutzmaßnahmen) ab; zum anderen zeige sie eine Verachtung für parlamentarische Institutionen, die ja bekanntlich für das gesellschaftsverträgliche Aushandeln besagter Spezifika zuständig sind. Zu langsam, so die gängige Argumentation, seien die Abläufe, zu träge und phlegmatisch, als dass sie der Menschheitsherausforderung Klimawandel gerecht werden könnten. Stellenweise wohl auch zu korrupt. „Unsere Regierung geht dreckige Deals mit RWE ein und lässt Lützerath abbaggern. Scheinbar hört unsere Regierung lieber auf Lobbyisten der fossilen Konzerne als auf ihre eigene Bevölkerung“ (zitiert in *Letzte Generation* 2023b: o. S.), gab etwa die *Letzte-Generation*-Sprecherin Aimée van Baalen anlässlich einer Protestaktion zu Protokoll, bei der Abgeordneten zehn Euro für mehr Klimaschutz geboten wurden. „Heute probieren wir es *auch* mal mit Bestechung“ (ibid). Wenn hier unter dem Deckmantel der Satire antiparlamentarische Tropen und Fehlzuschreibungen (der Deutsche Bundestag ist kaum für die von der nordrhein-westfälischen Landesregierung beschlossene Lützerath-Räumung verantwortlich) ineinander fallen, dann ist das in den Augen vieler Kritiker bereits bedenklich genug. Noch irritabler erscheint indes der Glaube der *Letzten Generation*, sie habe ob der Dringlichkeit ihres Anliegens ein Recht darauf, den verantwortlichen Entscheidungsträgern eigene Positionen aufdrängen zu können. Dieselben Positionen dem Urteil der Öffentlichkeit anheimstellen will man dagegen nicht, was ob der Selbststilisierung zum Sprachrohr einer schweigenden Klimaschutzmehrheit zumindest verwundert. Vielleicht auch, um diese allzu augenfällige Differenz von Sein und Sollen zu verwischen, fahren die Aktivisten wuchtiges rhetorisches Geschütz auf, werfen der Bundesregierung Verfassungsbruch vor,⁵ suchen den Vergleich mit Suffragetten und US-Bürgerrechtsbewegung und arbeiten sich am liberalen Flügel der Ampel-Koalition und den diesem zugehörigen Kabinettsmitgliedern ab.

Gewissermaßen begleitend kommen dabei auch noch zwei andere Diskursmotive zum Tragen: Die Legitimationskonstruktion via Wissenschaftsverweis und das Heraufbeschwören eines Generationenkonflikts. Beide erscheinen in mehrfacher Hinsicht problematisch. So wird im einen Fall der Wissenschaft die Rolle einer neutralen Gegenmacht zum wirtschaftshörigen Politikbetrieb zugewiesen, deren Einsichten nicht nur besondere demokratische Berücksichtigung verdienen (was für sich schon eine nichttriviale Annahme ist), sondern auch einen geradezu überdemokratischen Vetocharakter einnehmen sollen: Wenn die *vox scientiae* nur deutlich genug erklingt, dann, so das Argument, hat das kleinliche und kakophone Gegrummel der *vox populi* zu verstummen.⁶ Ungeachtet der Bedeutung, die man empirisch unterfütterten Erkenntnissen und Prognosen zugestehen mag, fällt es nicht schwer, diese Art der Wissenschaftsapotheose und Technokratiesehnsucht für eine gefährliche Verkürzung zu halten (Bitschnau 2022; siehe auch Töller 2022). Gleiches gilt für den zweiten Fall, also die (freilich längst nicht auf die *Letzte Generation* beschränkte) verkürzende Interpretation der Klimafrage als Generationenkonflikt, in dem die besitzstandswahrende Masse der Alten der nachkommenden Jugend angeblich alle Lebenschancen vergällt. Einerseits geht man hier schon grundsätzlich fehl, wenn man ganzen Al-

⁵ Dazu beispielhaft der Münchner Aktivist Michael Winter kurz nach seiner Haftentlassung: „[Wir befinden uns] auf direktem Weg in die eigene Vernichtung. Die Bundesregierung verweigert sich ihrer Pflicht, das Leben der Menschen zu schützen, und bricht damit die Verfassung“ (zitiert in *Letzte Generation* 2022b: o. S.).

⁶ „Wir bleiben hier / Bis auf die Wissenschaft gehört wird“ sangen *Letzte-Generation*-Mitglieder und -Sympathisanten etwa im Rahmen der jüngsten Blockadewochen in Berlin.

terskohorten uniforme Politpräferenzen unterstellt, andererseits erscheint es aber auch demokratietheoretisch wenig überzeugend, diese zugunsten einer vorrangigen Jugendfokussierung abzuwerten.⁷ Die Auffassung, nur Untervierzigjährige hätten *Zukunft* (und insofern einen gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch), zeugt jedenfalls von aufreizend offenem *ageism*.

Schließlich ist da *drittens* auch noch die eher pragmatisch ausgerichtete Sorge, dass die Radikalität der *Letzten Generation* am Ende mehr Schaden als Nutzen zeitigt und dem Anliegen für besseren Klimaschutz somit diametral zuwiderläuft. Man mag streiten, mit welchem Grad an Aufrichtigkeit dieses Argument zuweilen in die Diskursräume der Republik hineingespielt wird, bedenkenswert ist es angesichts der Wucht der gesellschaftlichen Ablehnung aber allemal.⁸ Denn zweifellos gilt: Je mehr die *Letzte Generation* mediale Räume dominiert und damit dem hiesigen Klimaaktivismus *in toto* ein Gesicht gibt, desto mehr fallen die Bewertung von Gruppe und Ziel in eins. Bewegungskeptiker mögen in der Folge ihre aufgestaute Aversion gegen die Aktivisten auf Klimaschutzmaßnahmen im Allgemeinen übertragen, denen sie unter anderen Umständen neutral oder gar wohlwollend gegenübergestanden wären (z. B. Rucht 2023). Inwiefern mit Reaktionen dieser Art gerechnet werden muss, zeigt annäherungsweise die sozialpsychologische Forschung von Matthew Feinberg et al. (2020), die in mehreren Experimenten zeigen konnten, dass extreme (das heißt: als extrem wahrgenommene) Protestformen zu weniger Unterstützung für das entsprechende Protestanliegen führen – und das weitgehend unabhängig von den politischen und präpolitischen Einstellungen der Befragten.

Dass auch die Klimathematik vor derlei Mechanismen nicht gefeit ist, legt wiederum eine kürzlich erschienene Arbeit von Yiannis Kountouris und Eleri Williams nahe. Sie kommt im Hinblick auf das *Letzte-Generation-Protestvorbild Extinction Rebellion* zu dem Schluss, dass offensiver Straßenprotest bei den meisten Betroffenen keine veränderte „perceptions of the imminence or severity of environmental crises“ (2023: 8) nach sich ziehe. Zwar sei eine „lower probability of opposing pro-environmental behavior“ (ibid: 9) zu beobachten, zugleich aber auch eine klar geringere Bereitschaft, die Kosten dafür tragen zu wollen. Neben diesen durchwachsenen attitudinalen Befunden ist das von Akteursseite ausgegebene Ziel, größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen, aber auch insofern ein zweiseitiges Schwert, als eben diese Aufmerksamkeit schnell an der Protestform abstumpfen kann: Eine spektakuläre und disruptive Aktion mag auf ein gewisses Medieninteresse stoßen und auch geeignet sein, eine politische Kontroverse auszulösen – nur beziehen sich sowohl Interesse als auch Kontroverse dann auf die Aktion und nicht auf ihre Botschaft. Dass es um Klimaschutz geht, mag zwar noch im Subtext mitschwingen, doch verblasst jede Kontextualisierung des *Warum* recht schnell angesichts der dominanten Auseinandersetzung über das *Wie* (Kumkar 2022). Das allseits bekannte Diktum, wonach jede Aufmerksamkeit gute Aufmerksamkeit ist, trifft, anders ausgedrückt, nur zu, wenn Aufmerksamkeit als absoluter Wert verstanden wird. Will man sie hingegen als Sozialressource in die Bearbeitung einer spezifischen Problemstellung einmünden lassen, gräbt man sich selbst das Wasser ab, sobald die Form des eigenen Tuns seine Funktion perceptiv überlagert.

⁷ Frei nach Chestertons Diktum: „The old man may stand by some stupid custom, [and yet] the young man always attacks it with some theory that turns out to be equally stupid“ (*Illustrated London News* vom 3. Juni 1922).

⁸ „Wer sagt überhaupt, dass man durch das kübelweise Vergießen von Kunstblut Menschen mobilisieren kann? [...] Könnte nicht genau das wiederum zu Gegenreaktion führen, sodass sich die Adressaten angeekelt abwenden?“, fragte Wolfgang Kraushaar unlängst in Bezug auf *Extinction Rebellion* (2021: 56). Für die *Letzte Generation* gilt diese Frage ebenso, zumal Umfragen zeigen, dass zwischen 75% und 85% der Bevölkerung das Vorgehen der Gruppe (zum Teil vehement) ablehnt.

3 Zweierlei Dilemmata

Die wirkliche Ungereimtheit im letztgenerationalen Protest betrifft allerdings weniger die Art der Intervention (die sich inzwischen ihre eigenen Pfadabhängigkeiten und Rekursmodalitäten erschaffen hat) als vielmehr das, was mit ihr erreicht werden soll. Mehr Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Abkommens, gewiss. Doch wie und auf welche Weise? Die Antwort auf diese Frage, die ja gewissermaßen den Urgrund aller klimapolitischen Bemühungen berührt, fällt im Fall der *Letzten Generation* eher tagesformabhängig aus. Ganz zu Beginn, während des Hungerstreiks vor dem Reichstag, bestand ihre Kernforderung darin, mit den Spitzenkandidaten von Union (Armin Laschet), SPD (Olaf Scholz) und Grünen (Annalena Baerbock) ein öffentliches Krisengespräch vor der Wahl zu führen.⁹ Zwar war diesem Vorstoß kein Erfolg beschieden, doch gab der Noch-Kandidat Scholz zumindest das Versprechen zu einem Gespräch *nach* der Wahl ab, das er – nunmehr als designierter Kanzler – auch binnen Zweimonatsfrist einlöste und mutmaßlich umgehend bereute (Bitschnau 2022). Unaufhörlich prasselten damals in den Räumen der Friedrich-Ebert-Stiftung die Vorwürfe der zwei *Letzte-Generation*-Vertreter Henning Jeschke und Lea Bonasera auf den künftigen Regierungschef ein, der kaum einen Gedanken zu Ende bringen konnte und sich letztlich zu einer seltenen emotionalen Aufwallung hinreißen ließ („Wie kommen Sie eigentlich auf diese größenwahnsinnige Selbsteinschätzung?“). Das unangenehme Gefühl, das hernach im Raum stand: Die Forderung der Aktivisten war von vornherein nicht auf echten Austausch ausgerichtet gewesen, sondern reiner Selbstzweck mit dem niederzubrühlenden Scholz als politischer Staffage.

Auf dieses dysfunktionale Kanzlergespräch folgte im Dezember 2021 die bundesweite Kampagne *Essen retten, Leben retten*, mit der die *Letzte Generation* den Gesetzgeber aufforderte, ein *Essen-Retten-Gesetz* zu beschließen: Supermärkte ab einer zu definierenden Größenordnung sollten dazu verpflichtet werden, unverkäufliche, aber noch genießbare Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden und so ressourceneffizienter und klimaschonender zu wirtschaften. Während der Forderung eine gewisse zivilgesellschaftliche Sympathie entgegenschlug, stand hinter dem Potential der Maßnahme insofern ein Fragezeichen, als nicht einmal „5% der Lebensmittelverschwendung [...] auf den Groß- und Einzelhandel [zurückgeführt werden können], während die privaten Haushalte mit 53% für den Großteil der Lebensmittelverschwendung verantwortlich sind“ (Springer 2022: o. S.). Nun mag man auf dem Standpunkt stehen, dass jedes dieser Prozente eines zu viel ist, doch ganz so einfach beiseiteschieben lässt sich die Frage nach der Effektivität nicht. Gerade angesichts der auch im Scholz-Gespräch herbeibeschworenen Klimahölle erschien das Anliegen vielmehr irritierend kleinteilig: Noch zwei oder drei Jahre bis zum Sturz in den Abgrund und die Avantgarde der deutschen Klimabewegung schießt sich mit beträchtlichem Sachaufwand auf Detailbestimmungen des hiesigen Lebensmittelrechts ein? Eine Themenwahl, die wohl nur wenigen instinktiv einleuchtete.

Als sich auch nach wochenlangen Blockaden kein entsprechender Gesetzesentwurf einstellen wollte, verlagerten die Aktivisten erneut ihren Fokus. Nun standen zunächst der beschleunigte Umstieg auf regenerative Energien und ab Herbst 2022 die der Tagespolitik entlehnte Doppelforderung nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung („Tempolimit“) auf Autobahnen und einer Verstetigung des kurzzeitig

⁹ Auch hier wurden bereits die Einführung von Bürgerräten und diverse Sofortmaßnahmen gefordert, dies aber mehr als Beiwerk. Hauptanliegen der Hungerstreikenden war eindeutig das Kandidatengespräch.

eingeführten Neun-Euro-Tickets auf der Agenda.¹⁰ Mit beidem signalisierte die *Letzte Generation* zugleich einen Wechsel des diskursiven Hauptspielfelds; eine Verschiebung der primären Interessenssphäre von der eher bräsigen und gestaltarmen Agrar- zur emotional stärker aufgeladenen (und auch enger an die Protestform angebondenen) Verkehrspolitik.¹¹ Mitunter regte man dabei sogar an, das Neun-Euro- direkt zum Null-Euro-Ticket umzumodellieren: „Warum reden wir von kürzeren Duschzeiten und Tankrabatten statt vom Einsparen durch dauerhaft kostenfreien ÖPNV“, zitiert etwa eine Pressemitteilung von Anfang September einen Aktivistin namens Mario Burkhardt. „Wir fahren hier und heute ohne Ticket, um an einem einzigen vieler Beispiele zu zeigen: Das alles kann sich ändern“ (zitiert in *Letzte Generation* 2022a: o. S.). Anders als zuvor wurden nun auch verstärkt Argumente eingebracht, die die *Common-Sense*-Tauglichkeit des Geforderten abseits seines klimapolitischen Nutzens belegen sollten. So würde etwa das Tempolimit nicht nur Emissionen einsparen, sondern *auch* zu sichereren Straßen führen, und das Neun-Euro-Ticket eine dringend benötigte Entlastung für Geringverdiener, Rentner und Studenten darstellen.

Mit Jahresbeginn 2023 sind beide Maßnahmen – wiewohl noch immer fester Bestandteil der *Letzte-Generation*-Agenda – schließlich von der Forderung nach einem per Zufall ausgelosten, doch unter soziodemografischen Repräsentationsgesichtspunkten¹² zusammengestellten Entscheidungsgremium in den Hintergrund gedrängt worden. Dieser *Gesellschaftsrat* soll im Prinzip nach dem Vorbild schon bestehender Bürgerräte arbeiten, also kollaborativ, sachorientiert und auf Basis ausgewählter Experteninputs.¹³ Allein seine Bedeutung wäre dem Ernst der Lage anzupassen: So soll er bereits „vor Beginn in den TV-Brennpunkten und Titelseiten der Zeitungen stehen (sic!)“ und zu einem „bekanntem Format in der Bevölkerung“ heranreifen, „das von allen verstanden [...] und von breiter Akzeptanz getragen wird“ (*Letzte Generation* 2023a: o. S.). Weiter ist angedacht, seinen Empfehlungen dahingehend Bindungskraft zu verleihen, dass die Bundesregierung sich verpflichtet, „die mit den im Gesellschaftsrat erarbeiteten Maßnahmen verbundenen Gesetzesvorhaben schnellstmöglich in das Parlament einzubringen. [Sie soll die] nötige Überzeugungsarbeit im Parlament leisten“ und die fertigen Gesetze „mit einer beispiellosen Geschwindigkeit und Entschlossenheit umsetzen“ (*ibid.*).¹⁴ Die kleine Schar Ausgeloster würde also faktisch alle wesentlichen Entscheidungen treffen (wobei das Ziel bereits festgelegt ist¹⁵), der Legislative käme dagegen lediglich eine legitimierend-bestätigende Rolle zu. Für die *Letzte Generation* insofern ein bequemes Arrangement, als es erlaubt, sich eherne Demokratietreue auf die

¹⁰ Damit gemeint ist ein Sonderticket für den öffentlichen Personennahverkehr, das für neun Euro monatsweise gelöst werden kann. Im Sommer 2022 wurden mehr als fünfzig Millionen dieser Tickets verkauft.

¹¹ Parallel zum *Essen-Retten*-Gesetz hatte die *Letzte Generation* auch eine umfassende Agrarwende gefordert.

¹² Ausgewählt werden sollen die Gesellschaftsräte ausdrücklich nach Alter, Geschlecht, Wohnort, Bildungsstand und Migrationshintergrund. Andere relevante Kriterien (etwa Einkommen, Familienstand oder Religionszugehörigkeit) scheinen insofern keine Rolle zu spielen, als sie unerwähnt bleiben.

¹³ Dabei gilt, dass die *Letzte Generation* den Expertenstatus grundsätzlich auf zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Hochschulforschung beschränken will. Fachleute aus der Privatwirtschaft sehen sich hingegen dem impliziten Vorwurf ausgesetzt, nur Eigeninteressen vertreten zu wollen. Indes lässt sich das Einbinden von außenstehenden Experten schon ob der damit verbundenen Selektionsmacht auch in Gänze kritisch sehen: Es stellt sich die Frage, ob aus dem Ratsentscheid nach Experteninput in der Praxis nicht doch eher ein Expertenentscheid mit Ratsabsegnung würde.

¹⁴ In einer früheren Variante war gar eine automatische Umsetzung der Gesellschaftsratsbeschlüsse angedacht.

¹⁵ Nach Vorstellung der *Letzten Generation* soll der Gesellschaftsrat nicht in Bezug auf das Ziel (die Klimaneutralität Deutschlands bis 2030), sondern nur auf die Maßnahmen ergebnisoffen arbeiten. Die Möglichkeit, dass sich eine Mehrheit gegen neue Klimaschutzmaßnahmen ausspricht, ist demnach nicht vorgesehen.

Fahnen zu schreiben, zugleich aber die etablierten Abläufe demokratischer Entscheidungsfindung zugunsten dieser neuen Parallelinstitution zu beschneiden.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die noch kurze Organisationsgeschichte der Gruppe von diversen Forderungslagen geprägt ist, von denen einige einen sichtlich übersteigerten Charakter annehmen (der Gesellschaftsrat als gemeinschaftliches Erkenntnisgremium, das einer behäbig-desinteressierten Parlamentspolitik Beine macht), während andere sich auf recht unspektakuläre Einzelmaßnahmen versteifen, die mitunter der Verhandlungsmasse vergangener Koalitionsverhandlungen (Tempolimit) und Gesetzespakete (Neun-Euro-Ticket) entstammen. Aus diesem Mäandern zwischen dem Großen und dem Kleinen, dem Diktat und dem Nachbessern, der gesellschaftlichen Großreflexion und der rustikalen Sofortmaßnahme ergibt sich ein erstes Dilemma, handelt es sich doch um zwei grundverschiedene Ansätze, die einander im Moment wahrgenommenen Gleichzeitigkeit wechselseitig aufheben: Je mehr die *Letzte Generation* die Gewaltigkeit der Aufgabe betont und am großen Reformrad dreht, desto irrelevanter und petitessenhafter wirken ihre Einzelforderungen. Und je mehr sie eben diesen Einzelforderungen Relevanz zuspricht und auf ihnen beharrt, desto geringer erscheint im Gegenzug die Gewaltigkeit der Aufgabe (die nicht länger den Charakter einer historischen Transformationsleistung, sondern den eines trivialen Restriktionskonvoluts annimmt). Es ist ein wenig wie im Gleichnis von Buridans Esel, der zwischen zwei Heuballen verhungert, weil er sich nicht entscheiden kann. Nur möchte der Esel hier beide Ballen *gleichzeitig* verzehren, ohne zu erkennen, dass er sich von dem einen wegbewegt, sobald er sich dem anderen nähert.

Bisher haben die Aktivisten versucht, der Entscheidung für einen Ballen (also der Frage, ob sie sich nun für großangelegte Deliberationsvisionen oder aber für vergünstigte Bahntickets auf die Straße setzen) mit rhetorischen Mitteln auszuweichen, indem sie ihre handfesteren *Policy*-Forderungen schlicht zu einfach umzusetzenden „Sicherungsmaßnahmen“ erklärten. Da diese nicht umgesetzt würden, sei der Gesellschaftsrat als alternativer Entscheidungsmechanismus nur umso notwendiger. Eine konzeptuelle Volte, deren Überzeugungskraft man allerdings anzweifeln kann. Denn zum einen stellen selbst die 6,7 Millionen Tonnen CO₂, die sich etwa mit dem geforderten Tempolimit einsparen ließen – und die von der *Letzten Generation* dem Ausstoß Paraguays und Costa Ricas („fast so viel“¹⁶) gegenübergestellt werden – kaum ein Hundertstel der deutschen Gesamtverbrauchs dar. Das ist zwar gewiss nicht nichts, doch zu wenig, um zur effektiven Vermarktung als Sicherungsmaßnahme geeignet zu sein. Zum anderen aber wird ignoriert, dass ja gerade dieses Tempolimit eben *nicht* besonders einfach umzusetzen ist: Zu sehr ist es identitäts- und koalitionspolitisch aufgeladen, als dass es unter den gegebenen Umständen zur legislativen *low-hanging fruit* taugt. Dem Beobachter drängt sich insofern der Eindruck auf, dass es den Aktivisten weniger um leichte Siege als um gut sichtbare Ausrufezeichen in der Politiklandschaft geht. Darum, einen Brückenkopf der Fossilhegemonie einzunehmen, um dessen Symbolträchtigkeit man weiß, sie aber mit ostentativen Rationalitätsbezügen zu verschleiern versucht. Aus taktischer Sicht ist das auch gewiss nachvollziehbar; es trägt aber nur wenig zur Auflösung des dilemmatischen Gegensatzes bei.

Der nimmt vielmehr noch eine zweite Form an, die darin besteht, dass ihre Abhängigkeit vom Medienzyklus die *Letzte Generation* nicht nur zwingt, immerzu neue Aktionsformen zu finden, sondern

¹⁶ Die von der *Letzten Generation* referenzierten Werte – Quelle ist hier *Laenderdaten.info* – weisen für Paraguay 8,21 Millionen Tonnen und für Costa Rica 8,24 Millionen Tonnen CO₂ aus. Inwieweit man Abweichungen von über 20 Prozent noch mit dem Annäherungsadverb „fast“ fassen kann, sei dem Betrachter freigestellt.

auch, in gewissen Abständen ebenso neue Kampagnen zu initiieren. Gleichzeitigkeiten des Forderns sind zwar akzeptabel, aber nur unter der Bedingung eines gewissen Neuigkeitswerts. Denn nur wer ständig Neues fordert, bleibt im Gespräch, kann Themen, bei denen sich kein Einlenken von Seiten der Politik zeigt (und die womöglich gar zur Hypothek werden könnten) beiseiteschieben und so den nächsten Aufmerksamkeitsschub generieren. Das Problem dabei ist freilich: Je häufiger die Forderungsagenda neu aufgestellt wird, desto geringer die Motivation der politisch Verantwortlichen zur Auseinandersetzung mit dem Geforderten. Denn warum sollte man den Wünschen der Aktivisten nachkommen, wenn man sie einerseits ob ihrer Kurzatmigkeit aussitzen kann und andererseits weiß, dass man sich selbst im Falle des Entgegenkommens gleich mit anderen konfrontiert sähe?¹⁷ Wer hier einmal nachgibt, erweckt ohnehin den fatalen Eindruck, dass er es jederzeit auch ein zweites Mal tun würde.

Die *Letzte Generation* muss also permanent neue Forderungen aufstellen, um im Gespräch zu bleiben (oder um zu überspielen, dass man sich mit den bisherigen Forderungen verrannt hat), doch je mehr Neues sie fordert, desto weniger Aussichten hat sie, ernst genommen zu werden und sich politisch durchzusetzen. Eingedenk des zuvor beschriebenen Umstands, dass das Wesen dieser Forderungen zwischen Utopie und Tagespolitik schwankt, zeichnet sich das Bild einer diffizilen Gesamtlage ab, für die es keine offensichtliche Lösung gibt. Würden die Aktivisten auf alle Partikularität verzichten und es bei Floskeln („mehr Klimaschutz“ oder „Einhaltung des Pariser Abkommens“) belassen, käme das einer politischen Selbstentwertung und obendrein einem heftigen Motivationsdämpfer gleich: Mit einer handfesten Zielsetzung vor Augen protestiert es sich nun mal um einiges leichter, als wenn man sich auf Formulierungen zurückziehen muss, zu denen sich ohnehin alle ernsthaften politischen Kräfte diesseits der AfD bekennen.¹⁸ Auf der anderen Seite ist ein Weiter-so aber nicht nur unter Kosten-Nutzen-Gründen unbefriedigend, sondern riskiert auch, die eigenen Forderungen negativ aufzuladen. Galt etwa das dauerhafte Neun-Euro-Ticket noch im vergangenen Herbst als durchaus diskutabler Vorschlag, so ist es heute durch seine *Letzte-Generation*-Assoziation politisch verbrannt. Und wäre die Politik auch empfänglich für alternative Entscheidungsverfahren, so ist nach der Versteifung auf das Format des Gesellschaftsrats klar: Wenn es einen Gremienvorschlag gibt, dessen Annahmehancen gen Null gehen – dann diesen.

4 Fazit

Nichts beeinflusst Haltungslagen zum Klimaschutz stärker als Emotionen und Affekte (Brosch 2021) und kaum jemand ist dieser Tage ein zuverlässigerer Affekterzeuger als die *Letzte Generation*. Abseits aller Kritik muss man der Gruppe zugestehen, innerhalb von nicht einmal zwei Jahren das klimapolitische Koordinatensystem Deutschland sowohl verschoben als auch repolitisiert zu haben. Man könnte auch sagen: In einer Zeit, in der die Klimafrage von einem Geflecht dominanterer (das heißt: in der Wahrnehmung präsenterer) Krisen überlagert wird, hat ihr Protest eine unübersehbare Aufmerksamkeitsschneise geschlagen, es dabei aber nicht vermocht, diese Aufmerksamkeit in die Inhaltssphäre zu überführen oder gar in Sacherfolge umzumünzen. In weiten Teilen der Bevölkerung Verdruss über das

¹⁷ Dies ist zumindest der Stand bei Niederschrift dieses Beitrags. Es erscheint natürlich möglich, dass die *Letzte Generation* künftig mehr Forderungsdisziplin an den Tag legen und den Gesellschaftsrat zu ihrem (von diversen Sekundärforderungen eingefassten) Hauptanliegen erheben wird.

¹⁸ Wie auch alle anderen gesellschaftlichen Akteure – einschließlich der Großkirchen, von denen die eine bereits *Letzte-Generation*-Sympathien zeigt, während die andere noch dahingehend bearbeitet werden soll (Alt 2023).

eigene Handeln hervorzurufen ist zwar auch ein Kunststück, aber leider keines, das dem Weltklima besonders förderlich sein dürfte. Ebenso wenig ist dauernde Medienpräsenz ein Garant für erhöhtes Problembewusstsein oder eine Handvoll solidarischer Oberbürgermeister einstellungspolitisch zeichnerhaft. Im Fußball würde man hier wohl von unproduktivem Ballbesitz sprechen – einem gefälligen Hin und Her, aus dem sich aber am Ende kaum echte Torchancen ergeben. Was aus Aktivistensicht längst nicht so gefährlich wäre, würde der Gegner nicht immer wieder ins Schwarze treffen.

Letztendlich stützt die doppelte Dilemmatik, wie sie auf den vorangegangenen Seiten skizziert worden ist, das Bild einer Bewegungserscheinung, die sich in ihrem Engagement immer mehr zu verkämpfen scheint. Bei aller Initiative ist sie ebenso Getriebene wie Treiberin, ebenso unter Zugzwang stehend wie setzend, ebenso berechenbar wie unberechenbar. In ihrer Selbstwahrnehmung als Sand im Getriebe der klimapolitischen Normalität verkennt sie nicht nur, „dass auch das sandigste Getriebe“ der „Logik der Machbaren unterworfen bleibt“ (Bitschnau 2022: 14), sondern auch, dass der Sand, einmal eingestreut, eben jenen Kräften der Maschine, die er zu blockieren sucht, besonders unmittelbar ausgesetzt ist. Was die Zukunft der Gruppe anbelangt, erscheinen die allfälligen Radikalisierungspropheetien insoweit ebenso voreilig wie die Einschätzung, eine Radikalisierung sei abwegig – gerade Radikalisierungsprozesse weisen schließlich eine gewisse Dynamik auf, die jeder Prognostizierbarkeit natürliche Schranken auferlegt.¹⁹ Für das sich rasch wandelnde klimapolitische Bewegungsfeld gilt dies erst recht. Hätte man etwa zu *Fridays*-Glanzzeiten (also aus dem Taumel daueraffirmierter Jugendproteste heraus) die Vermutung angestellt, keine drei Jahre später wäre die medienwirksamste Protestformation des Landes damit beschäftigt, Kartoffelbrei auf Gemäldeverglasungen zu werfen, Feuerwehreinsätze im Bundestag zu provozieren und Grundgesetzdenkmäler mit Erdöl zu übergießen, wäre man wohl zweifellos einer überbordenden Fantasie bezichtigt worden. In diesem Sinne bleibt abzuwarten, ob die *Letzte Generation* eine verträglichere Forderungslinie und parallel dazu auch eine Strategie finden kann, die sich immer klarer abzeichnenden Transformationsverwerfungen angemessen zu adressieren.²⁰ Gelingt ihr das nicht, dürfte sie ihren Unstetigkeitscharakter auf absehbare Zeit beibehalten.

Marco Bitschnau ist Postdoktorand an der Professur für Soziologie mit Schwerpunkt Soziale Bewegungen der Universität Konstanz.

ORCID-ID: 0000-0002-2700-7259

Twitter: MBitschnau

E-Mail: marco.bitschnau@uni-konstanz.de

¹⁹ Auch Dieter Rucht, der die Protestpraxis der *Letzten Generation* klar vom Klimaterrorismus abgrenzt, hält fest: „Die Gewaltfrage bleibt allerdings in der derzeitigen Klimabewegung in Deutschland virulent“ (2023: 16).

²⁰ Die Debatte um *jobs vs. climate justice* (also der Konflikt zwischen industriellem Wohlstand/fossiler Rohstoffgewinnung und einschneidenden Klimaschutzmaßnahmen) mag ein gängiges Narrativ und ergo Schauplatz von Ausdeutungskämpfen sein (Kalt 2021), fußt aber zugleich auf einer harten materiellen Gegensätzlichkeit. Es erscheint nur realistisch, anzunehmen, dass ambitionierte Klimaziele in einer von Automobilindustrie und Maschinenbau geprägten Volkswirtschaft nicht ohne wirtschaftliche Kollateralschäden zu erreichen sind.

Literatur

- Alt, Jörg* 2023: Gestaltungsmacht Religion: Warum die katholische Kirche den zivilen Ungehorsam unterstützen sollte. In: Herder-Korrespondenz, Jg. 77, Heft 2, 48-50.
- Bitschnau, Marco* 2022: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt. Ein Kommentar. In: Demokratie-Dialog, No. 10, 10-16.
- Brosch, Tobias* 2021: Affect and emotions as drivers of climate change perception and action: a review. In: Current Opinion in Behavioral Sciences, Jg. 42, 15-21.
- Bundesregierung* 2019: Rede von Bundeskanzlerin Merkel zur 19. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 4. Juni 2019 in Berlin. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-zur-19-jahreskonferenz-des-rates-fuer-nachhaltige-entwicklung-am-4-juni-2019-in-berlin-1634694> [01.05.2023].
- Feinberg, Matthew/ Willer, Robb/ Kovacheff, Chloe* 2020: The activist's dilemma: Extreme protest actions reduce popular support for social movements. In: Journal of Personality and Social Psychology, Jg. 119, Heft 5, 1086-1111.
- Grimmbacher, Jannik/ Peter, Erik* 2023: „Elitär und selbstgerecht“. In: TAZ Online. <https://taz.de/Letzte-Generation-in-der-Kritik/!5924697/> [01.05.2023].
- Haunss, Sebastian/ Sommer, Moritz* 2020 (Hg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Bielefeld: transcript.
- Kalt, Tobias* 2021: Jobs vs. climate justice? Contentious narratives of labor and climate movements in the coal transition in Germany. In: Environmental Politics, Jg. 30, Heft 7, 1135-1154.
- Kraushaar, Wolfgang* 2021: Nach der Notbremse greifen? Zur existentiellen Dimension der Klimaproteste. In: INDES: Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Jg. 9, Heft 4, 49-71.
- Koos, Sebastian/ Naumann, Elias* 2019: Vom Klimastreik zur Klimapolitik. Die gesellschaftliche Unterstützung der „Fridays for Future“-Bewegung und ihrer Ziele. Forschungsbericht der Universitäten Mannheim und Konstanz, September 2019. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/57d15510-3114-4fdd-9070-4f43ba6d5b43/content> [23.04.2023].
- Kountouris, Yiannis/ Williams, Eleri* 2023: Do protests influence environmental attitudes? Evidence from Extinction Rebellion. In: Environmental Research Communication, online first. <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/2515-7620/ac9aeb/pdf>.
- Kumkar, Nils C.* 2022: Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung: Zum Diskurs über die Letzte Generation. In: Soziopolis: Gesellschaft beobachten, 1-15.
- Letzte Generation* 2022a: Pressemitteilungen (01.09.2022): „Freifahrten“ – Bürger:innen fahren bundesweit ohne Ticket im ÖPNV. <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/> [01.05.2023].

Letzte Generation 2022b: Pressemitteilungen (25.11.2022: Unterbrechung der Proteste: Letzte Generation hofft auf Klimaschutz in der letzten Sitzungswoche. <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/> [01.05.2023].

Letzte Generation 2023a: Gesellschaftsrat + Fragen und Antworten. <https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat/> [01.05.2023].

Letzte Generation 2023b: Pressemitteilungen (02.03.2023: Heute probieren wir's mit Bestechung von Bundestagsabgeordneten – Letzte Generation bietet 10€ für Wahrung der Grundrechte). <https://letztegeneration.de/presse/pressemitteilungen/> [01.05.2023].

Rucht, Dieter 2023: Die Letzte Generation: Beschreibung und Kritik. IPB Working Paper 1/2023. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf

Springer, Laura 2022: Was will die „letzte Generation“? In: Verfassungsblog – On Matters Constitutional. <https://verfassungsblog.de/was-will-die-letzte-generation/> [01.05.2023].

Töller, Annette Elisabeth 2022: Scheitert die Demokratie an der Klimapolitik? Überlegungen zur Input- und Output-Legitimation der deutschen Klimapolitik. In: Muno, Wolfgang/Wagner, Christoph/Kestler, Thomas/Mohamad-Klotzbach, Christoph (Hg.): Staat, Rechtsstaat und Demokratie: Konzeptionelle und aktuelle Diskussionen der vergleichenden Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 485-512.

von Wolff, Christiane 2023: Die letzte Generation – Hilft Kleben gegen die Klimakrise? <https://www.swr.de/swr2/wissen/die-letzte-generation-hilft-kleben-gegen-die-klimakrise-104.html> [23.04.2023].